

EMISSIONSBEDINGUNGEN

Diese Serie von Schuldverschreibungen wird gemäß einem geänderten und neugefaßten Fiscal Agency Agreement vom 15. Dezember 2000, ergänzt durch ein First Supplemental Agency Agreement vom 14. Dezember 2001 und ein Second Supplemental Agency Agreement vom 13. Dezember 2002 (das „Agency Agreement“) zwischen Volkswagen Aktiengesellschaft („VW AG“), Volkswagen International Finance N.V. („VIF“), Coordination Center Volkswagen N.V./S.A. („CCB“), Volkswagen Investments Limited („VIL“) (einzeln Jeweils die „Emittentin“ und zusammen die „Emittentinnen“) und der Citibank, N.A. als Fiscal Agent (der „Fiscal Agent“, wobei dieser Begriff jeden Nachfolger des Fiscal Agent gemäß dem Agency Agreement einschließt) und den anderen darin genannten Parteien begeben. Kopien des Agency Agreement können kostenlos bei der bezeichneten Geschäftsstelle des Fiscal Agent nach angemessener vorheriger Nachfrage und bei den bezeichneten Geschäftsstellen einer jeden Zahlstelle sowie am Sitz einer jeden Emittentin bezogen werden. Die Schuldverschreibungen sind mit einer unbedingten und unwiderruflichen Garantie der Volkswagen Aktiengesellschaft (die „Garantin“) versehen.

§ 1

WÄHRUNG, STÜCKELUNG, FORM, DEFINITIONEN

(1) *Währung; Stückelung.* Diese Serie der Schuldverschreibungen (die „Schuldverschreibungen“) der Volkswagen International Finance N.V. (die „Emittentin“) wird in Euro (die „festgelegte Währung“) im Gesamtnennbetrag von Euro 2.000.000.000 (in Worten: zwei Milliarden Euro) in Stückelungen von Euro 1.000, Euro 10.000 und Euro 100.000 (die „festgelegten Stückelungen“) begeben.

(2) *Form.* Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.

(3) *Vorläufige Globalurkunde - Austausch.*

- (a) Die Schuldverschreibungen sind anfänglich durch eine vorläufige Globalurkunde (die „vorläufige Globalurkunde“) ohne Zinsscheine verbrieft. Die vorläufige Globalurkunde wird gegen Schuldverschreibungen in den festgelegten Stückelungen, die durch eine Dauerglobalurkunde (die „Dauerglobalurkunde“) ohne Zinsscheine verbrieft sind, ausgetauscht. Die vorläufige Globalurkunde und die Dauerglobalurkunde tragen jeweils die eigenhändigen Unterschriften zweier ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter der Emittentin und sind jeweils von dem Fiscal Agent oder in dessen Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen. Einzelurkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.
- (b) Die vorläufige Globalurkunde wird an einem Tag (der „Austauschtag“) gegen die Dauerglobalurkunde ausgetauscht, der nicht mehr als 180 Tage nach dem Tag der Begebung der durch die vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen liegt. Der Austauschtag darf nicht weniger als 40 Tage nach dem Tag der Begebung liegen. Ein solcher Austausch darf nur nach Vorlage von Bescheinigungen erfolgen, wonach der oder die wirtschaftlichen Eigentümer der durch die vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen keine U.S.-Personen sind (ausgenommen bestimmte Finanzinstitute oder bestimmte Personen, die Schuldverschreibungen über solche Finanzinstitute halten). Zinszahlungen auf durch eine vorläufige Globalurkunde verbrieft Schuldverschreibungen erfolgen erst nach Vorlage solcher Bescheinigungen. Eine gesonderte Bescheinigung ist für jede solche Zinszahlung erforderlich. Jede Bescheinigung, die am oder nach dem 40. Tag nach dem Tag der Ausgabe der durch die vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen eingeht, wird als ein Ersuchen behandelt werden, diese vorläufige Globalurkunde gemäß Absatz (b) dieses § 1 Absatz (3) auszutauschen. Wertpapiere, die im Austausch für die vorläufige Globalurkunde geliefert werden, dürfen nur außerhalb der Vereinigten Staaten (wie in § 6 Absatz 2 definiert) geliefert werden.

(4) *Clearing System.* Die Dauerglobalurkunde wird solange von einem oder im Namen eines Clearing Systems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. „Clearing System“ bedeutet jeweils folgendes: Clearstream Banking, société anonyme and Euroclear Bank S.A./N.V. als Betreiberin des Euroclear Systems („Euroclear“) sowie jeder Funktionsnachfolger.

(5) *Gläubiger von Schuldverschreibungen.* „Gläubiger“ bedeutet jeder Inhaber eines Miteigentumsanteils oder anderen vergleichbaren Rechts an den Schuldverschreibungen.

§ 2

STATUS, NEGATIVVERPFLICHTUNG UND GARANTIE

(1) *Status.* Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen nicht besicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.

(2) *Negativverpflichtung.* Die Emittentin verpflichtet sich solange eine Schuldverschreibung noch aussteht (aber nur bis zu dem Zeitpunkt, in dem alle Beträge von Kapital und Zinsen dem Fiscal Agent zur Verfügung gestellt worden sind), ihr Vermögen nicht mit Sicherungsrechten zur Besicherung von anderen Schuldverschreibungen, einschließlich von Garantien und Bürgschaften, zu belasten oder solche Rechte zu diesem Zweck bestehen zu lassen, ohne gleichzeitig die Gläubiger an derselben Sicherheit in gleicher Weise und anteilmäßig teilnehmen zu lassen.

(3) *Garantie.*

Volkswagen Aktiengesellschaft (die „Garantin“) hat eine unbedingte und unwiderrufliche Garantie (die „Garantie“) für die pünktliche Zahlung von Kapital und Zinsen übernommen. Darüber hinaus hat sich die Garantin in dieser Garantie verpflichtet (die „Verpflichtungserklärung“) solange eine Schuldverschreibung noch aussteht (aber nur bis zu dem Zeitpunkt, in dem alle Beträge von Kapital und Zinsen dem Fiscal Agent zur Verfügung gestellt worden sind), für andere Anleihen, einschließlich dafür übernommener Garantien und Gewährleistungen, keine Sicherheiten an ihrem Vermögen zu bestellen, ohne gleichzeitig und im gleichen Rang die Gläubiger der Schuldverschreibungen an solchen Sicherheiten teilnehmen zu lassen.

Für die Zwecke dieser Bedingungen bezeichnet „Anleihe“ eine Emission von Schuldverschreibungen, die an einer Wertpapierbörse, im Freiverkehr oder einem anderen Wertpapiermarkt notiert, eingeführt oder gehandelt werden oder notiert, eingeführt oder gehandelt werden sollen oder können.

Die Rechte aus der Garantie, der Verpflichtungserklärung sowie jeder etwa aufgrund der vorstehenden Verpflichtung gewährten Sicherheit werden, soweit rechtlich möglich, ausschließlich von der Deutsche Bank Aktiengesellschaft als Treuhänderin für die Gläubiger (die „**Treuhänderin**“) oder von einem von der Treuhänderin zum Handeln beauftragten Dritten gehalten und wahrgenommen.

§ 3

ZINSEN

(1) *Zinssatz und Zinszahlungstage.* Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag verzinst, und zwar vom 22. Mai 2003 (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (wie in § 5 Absatz (1) definiert) (ausschließlich) mit jährlich 4,875%. Die Zinsen sind nachträglich am 22. Mai eines jeden Jahres zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“). Die erste Zinszahlung erfolgt am 22. Mai 2004. Die Anzahl der Zinszahlungstage im Kalenderjahr (jeweils ein „Feststellungstermin“) beträgt eins.

(2) *Auflaufende Zinsen.* Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, endet die Verzinsung der Schuldverschreibungen nicht mit Ablauf des Tages, der dem Tag der Fälligkeit vorangeht, sondern erst mit Ablauf des Tages, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen vorangeht. Die Verzinsung des ausstehenden Nennbetrages vom Tag der Fälligkeit an (einschließlich) bis zum Tag der Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) erfolgt in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen.

(3) *Berechnung der Zinsen für Teile von Zeiträumen.* Sofern Zinsen für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr zu berechnen sind, erfolgt die Berechnung auf der Grundlage des Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert).

(4) *Zinstagequotient.* „Zinstagequotient“ bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung für einen beliebigen Zeitraum (der „Zinsberechnungszeitraum“):

- (a) wenn der Zinsberechnungszeitraum (einschließlich des ersten aber ausschließlich des letzten Tages dieser Periode) kürzer ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des Zinsberechnungszeitraumes fällt oder ihr entspricht, die Anzahl der Tage in dem betreffenden Zinsberechnungszeitraum (einschließlich des ersten aber ausschließlich des letzten Tages dieser Periode) geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine (wie in § 3(1) angegeben) in einem Kalenderjahr; oder
- (b) wenn der Zinsberechnungszeitraum (einschließlich des ersten aber ausschließlich des letzten Tages dieser Periode) länger ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des Zinsberechnungszeitraumes fällt, die Summe (A) der Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum, die in die Feststellungsperiode fallen, in welcher der Zinsberechnungszeitraum beginnt, geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine (wie in § 3(1) angegeben) in einem Kalenderjahr und (B) der Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum, die in die nächste Feststellungsperiode fallen, geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine (wie in § 3(1) angegeben) in einem Kalenderjahr.

„Feststellungsperiode“ ist die Periode ab einem Feststellungstermin (einschließlich desselben) bis zum nächsten Feststellungstermin (ausschließlich desselben).

§ 4

ZAHLUNGEN

(1) (a) *Zahlungen auf Kapital.* Zahlungen auf Kapital in bezug auf die Schuldverschreibungen erfolgen nach Maßgabe des nachstehenden Absatzes 2 an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems gegen Vorlage und Einreichung der Globalurkunde bei der bezeichneten Geschäftsstelle einer der Zahlstellen außerhalb der Vereinigten Staaten.

(b) *Zahlung von Zinsen.* Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen erfolgt nach Maßgabe von Absatz 2 an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems gegen Vorlage der Globalurkunde bei der bezeichneten Geschäftsstelle einer der Zahlstellen außerhalb der Vereinigten Staaten. Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen, die durch die vorläufige Globalurkunde verbrieft sind, erfolgt nach Maßgabe von Absatz 2 an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems, und zwar nach ordnungsgemäßer Bescheinigung gemäß § 1 Absatz 3(b).

Für die Zwecke dieser Emissionsbedingungen bezeichnet „Vereinigte Staaten“ die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich deren Bundesstaaten und des District of Columbia) sowie deren Territorien (einschließlich Puerto Ricos, der U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island und Northern Mariana Islands).

(2) *Zahlungsweise.* Vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften erfolgen zu leistende Zahlungen auf die Schuldverschreibungen in Euro.

(3) *Erfüllung.* Die Emittentin wird durch Leistung der Zahlung an das Clearing System oder dessen Order von ihrer Zahlungspflicht befreit.

(4) *Zahltag.* Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Zahltag ist, dann hat der Gläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Zahltag am jeweiligen Geschäftsort. Der Gläubiger ist nicht berechtigt, weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verspätung zu verlangen.

Für diese Zwecke bezeichnet „Zahltag“ einen Tag, der ein Tag (außer einem Samstag oder Sonntag) ist, an dem das Clearing System sowie alle betroffenen Bereiche des Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) betriebsbereit sind, um die betreffenden Zahlungen weiterzuleiten.

(5) *Bezugnahmen auf Kapital und Zinsen.* Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf Kapital der Schuldverschreibungen schließen, soweit anwendbar, die folgenden Beträge ein: den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen; den vorzeitigen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge. Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf Zinsen auf die Schuldverschreibungen sollen, soweit anwendbar, sämtliche gemäß § 7 zahlbaren zusätzlichen Beträge einschließen.

(6) *Hinterlegung von Kapital und Zinsen.* Die Emittentin ist berechtigt, beim Amtsgericht Frankfurt am Main Zins- oder Kapitalbeträge zu hinterlegen, die von den Gläubigern nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Gläubiger sich nicht in Annahmeverzug befinden. Soweit eine solche Hinterlegung erfolgt, und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die diesbezüglichen Ansprüche der Gläubiger gegen die Emittentin.

§ 5

RÜCKZAHLUNG

(1) *Rückzahlung bei Endfälligkeit.* Soweit nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder angekauft und entwertet, werden die Schuldverschreibungen zu ihrem Rückzahlungsbetrag am 22. Mai 2013 (der „Fälligkeitstag“) zurückgezahlt. Der Rückzahlungsbetrag in bezug auf jede Schuldverschreibung entspricht dem Nennbetrag der Schuldverschreibungen.

(2) *Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen.* Die Schuldverschreibungen können insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als 30 und nicht mehr als 60 Tagen gegenüber dem Fiscal Agent und gemäß § 12 gegenüber den Gläubigern vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag aufgelaufener Zinsen zurückgezahlt werden, falls die Emittentin oder die Garantin als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Steuer- oder Abgabengesetze und -vorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder der Niederlande oder deren politischen Untergliederungen oder Steuerbehörden oder als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Anwendung oder der offiziellen Auslegung dieser Gesetze und Vorschriften (vorausgesetzt, diese Änderung oder Ergänzung wird am oder nach dem Tag, an dem die letzte Tranche dieser Serie von Schuldverschreibungen begeben wird, wirksam) am nächstfolgenden Zinszahlungstag (wie in § 3 Absatz 1 definiert) zur Zahlung von zusätzlichen Beträgen (wie in § 7 dieser Bedingungen definiert) verpflichtet sein wird und diese Verpflichtung nicht durch das Ergreifen vernünftiger, der Emittentin oder der Garantin zur Verfügung stehender Maßnahmen vermieden werden kann.

Eine solche Kündigung darf allerdings nicht (i) früher als 90 Tage vor dem frühestmöglichen Termin erfolgen, an dem die Emittentin oder die Garantin verpflichtet wäre, solche zusätzlichen Beträge zu zahlen, falls eine Zahlung auf die Schuldverschreibungen dann fällig sein würde, oder (ii) erfolgen, wenn zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kündigung erfolgt, die Verpflichtung zur Zahlung von zusätzlichen Beträgen nicht mehr wirksam ist.

Eine solche Kündigung hat gemäß § 12 zu erfolgen. Sie ist unwiderruflich, muß den für die Rückzahlung festgelegten Termin nennen und eine zusammenfassende Erklärung enthalten, welche die das Rückzahlungsrecht der Emittentin begründenden Umständen darlegt.

(3) *Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag.*

Für die Zwecke des § 9 und des Absatzes 2 dieses § 5, entspricht der vorzeitige Rückzahlungsbetrag einer Schuldverschreibung dem Rückzahlungsbetrag.

§ 6

DER FISCAL AGENT UND DIE ZAHLSTELLE

(1) *Bestellung; bezeichnete Geschäftsstelle.* Der anfänglich bestellte Fiscal Agent und die anfänglich bestellte Zahlstelle und deren bezeichneten Geschäftsstellen lauten wie folgt:

Fiscal Agent:	Citibank, N.A.
	5 Carmelite Street

London EC4Y 0PA

Zahlstelle: Banque Générale du Luxembourg S. A.
50, Avenue J. F Kennedy
L-2951 Luxembourg

Der Fiscal Agent und die Zahlstelle behalten sich das Recht vor, jederzeit ihre bezeichneten Geschäftsstellen durch eine andere bezeichnete Geschäftsstelle in derselben Stadt zu ersetzen.

(2) *Änderung der Bestellung oder Abberufung.* Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Bestellung des Fiscal Agent oder einer Zahlstelle zu ändern oder zu beenden und einen anderen Fiscal Agent oder zusätzliche oder andere Zahlstellen zu bestellen. Die Emittentin wird zu jedem Zeitpunkt (i) einen Fiscal Agent unterhalten und (ii) solange die Schuldverschreibungen an der Luxemburger Börse notiert sind, eine Zahlstelle (die der Fiscal Agent sein kann) mit bezeichneter Geschäftsstelle in Luxemburg und/oder an solchen anderen Orten unterhalten, die die Regeln dieser Börse verlangen. Eine Änderung, Abberufung, Bestellung oder ein sonstiger Wechsel wird nur wirksam (außer im Insolvenzfall, in dem eine solche Änderung sofort wirksam wird), sofern die Gläubiger hierüber gemäß § 12 vorab unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 und nicht mehr als 45 Tagen informiert wurden.

(3) *Erfüllungsgehilfe(n) der Emittentin.* Der Fiscal Agent und die Zahlstelle handeln ausschließlich als Erfüllungsgehilfen der Emittentin und übernehmen keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihnen und den Gläubigern begründet.

§ 7

STEUERN

Sämtliche auf die Schuldverschreibungen zu zahlenden Beträge sind ohne Einbehalt oder Abzug von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art zu leisten, die von oder in den Niederlanden oder der Bundesrepublik Deutschland oder für deren Rechnung oder von oder für Rechnung einer politischen Untergliederung oder Steuerbehörde der oder in der Bundesrepublik Deutschland auferlegt oder erhoben werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin diejenigen zusätzlichen Beträge (die „zusätzlichen Beträge“) zahlen, die erforderlich sind, damit die den Gläubigern zufließenden Nettobeträge nach diesem Einbehalt oder Abzug jeweils den Beträgen entsprechen, die ohne einen solchen Einbehalt oder Abzug von den Gläubigern empfangen worden wären; die Verpflichtung zur Zahlung solcher zusätzlicher Beträge besteht jedoch nicht im Hinblick auf Steuern und Abgaben, die:

- (a) von einer als Depotbank oder Inkassobeauftragter des Gläubigers handelnden Person oder sonst auf andere Weise zu entrichten sind als dadurch, daß die Emittentin aus den von ihr zu leistenden Zahlungen von Kapital oder Zinsen einen Abzug oder Einbehalt vornimmt; oder
- (b) wegen einer gegenwärtigen oder früheren persönlichen oder geschäftlichen Beziehung des Gläubigers zu den Niederlanden oder der Bundesrepublik Deutschland zu zahlen sind, und nicht allein deshalb, weil Zahlungen auf die Schuldverschreibungen aus Quellen in den Niederlanden oder der Bundesrepublik Deutschland stammen (oder für Zwecke der Besteuerung so behandelt werden) oder dort besichert sind; oder
- (c) aufgrund (i) einer Richtlinie oder Verordnung der Europäischen Union betreffend die Besteuerung von Zinserträgen oder (ii) einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über deren Besteuerung, an der die Niederlande oder die Bundesrepublik Deutschland oder die Europäische Union beteiligt ist, oder (iii) einer gesetzlichen Vorschrift, die diese Richtlinie, Verordnung oder Vereinbarung umsetzt oder befolgt, abzuziehen oder einzubehalten sind.

§ 8

VORLEGUNGSFRIST

Die in § 801 Absatz 1 Satz 1 BGB bestimmte Vorlegungsfrist wird für die Schuldverschreibungen auf

zehn Jahre verkürzt.

§ 9

KÜNDIGUNG

(1) *Kündigungsgründe.* Jeder Gläubiger ist berechtigt, seine sämtlichen Forderungen aus den Schuldverschreibungen ganz oder teilweise durch Kündigung gegenüber dem Fiscal Agent fällig zu stellen und Rückzahlung zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie in § 5 beschrieben), zuzüglich etwaiger bis zum Tage der Rückzahlung aufgelaufener Zinsen zu verlangen, falls:

- (a) die Emittentin Kapital oder Zinsen nicht innerhalb von 30 Tagen nach dem betreffenden Fälligkeitstag zahlt; oder
- (b) die Emittentin die ordnungsgemäße Erfüllung irgendeiner anderen Verpflichtung aus den Schuldverschreibungen oder die Garantin die Erfüllung einer Verpflichtung aus der Garantie, auf die in § 2 Bezug genommen wird, unterläßt und diese Unterlassung nicht geheilt werden kann oder, falls sie geheilt werden kann, länger als 90 Tage fort dauert, nachdem der Fiscal Agent hierüber eine Benachrichtigung von einem Gläubiger erhalten hat; oder
- (c) die Emittentin ihre Zahlungsunfähigkeit bekanntgibt; oder
- (d) ein Gericht ein Konkurs- oder anderes Insolvenzverfahren gegen die Emittentin oder die Garantin eröffnet, oder ein Verfahren eröffnet, wird, welches nicht innerhalb von 60 Tagen beendet oder eingestellt wird oder die Emittentin oder die Garantin ein solches Verfahren einleitet oder beantragt oder eine allgemeine Schuldenregelung zugunsten ihrer Gläubiger anbietet oder trifft oder die Emittentin ein „*surseance van betaling*“ (im Sinne des niederländischen Insolvenzrechts) beantragt; oder
- (e) die Emittentin oder die Garantin in Liquidation tritt, es sei denn, dies geschieht im Zusammenhang mit einer Verschmelzung oder einer anderen Form des Zusammenschlusses mit einer anderen Gesellschaft und diese Gesellschaft übernimmt alle Verpflichtungen, die die Emittentin oder die Garantin im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen eingegangen ist.

Das Kündigungsrecht erlischt, falls der Kündigungsgrund vor Ausübung des Rechts geheilt wurde.

(2) *Quorum.* Im Falle von Absatz 1 (b) wird eine Kündigung, sofern nicht bei deren Eingang zugleich einer der in Absatz 1 (a) und 1 (c) bis 1 (e) bezeichneten Kündigungsgründe vorliegt, erst wirksam, wenn bei dem Fiscal Agent Kündigungserklärungen von Gläubigern von Schuldverschreibungen im Nennbetrag von mindestens $\frac{1}{10}$ der dann ausstehenden Schuldverschreibungen eingegangen sind.

(3) *Benachrichtigung.* Eine Benachrichtigung, einschließlich einer Kündigung der Schuldverschreibungen gemäß vorstehendem Absatz 1 ist schriftlich in deutscher oder englischer Sprache gegenüber dem Fiscal Agent zu erklären und persönlich oder per Einschreiben an dessen bezeichnete Geschäftsstelle zu übermitteln. Der Benachrichtigung ist ein Nachweis beizufügen, aus dem sich ergibt, daß der betreffende Gläubiger zum Zeitpunkt der Abgabe der Benachrichtigung Inhaber der betreffenden Schuldverschreibung ist. Der Nachweis kann durch eine Bescheinigung der Depotbank (wie in § 14 Absatz 3 definiert) oder auf andere geeignete Weise erbracht werden.

§ 10

ERSETZUNG

(1) *Ersetzung.* Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, sofern sie sich nicht mit einer Zahlung von Kapital oder Zinsen auf die Schuldverschreibungen in Verzug befindet, ohne Zustimmung der Gläubiger entweder die Garantin oder eine Tochtergesellschaft (wie nachstehend definiert) der Garantin an ihrer Stelle als Hauptschuldnerin (die „Nachfolgeschuldnerin“) für alle Verpflichtungen aus und im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen einzusetzen, sofern:

- (a) die Nachfolgeschuldnerin in der Lage ist, sämtliche sich aus oder im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen ergebenden Zahlungsverpflichtungen ohne die Notwendigkeit eines Einbehalts von irgendwelchen Steuern oder Abgaben an der Quelle zu erfüllen sowie die

- hierzu erforderlichen Beträge ohne Beschränkungen an den Fiscal Agent übertragen können;
- (b) die Nachfolgeschuldnerin alle Verpflichtungen der Emittentin aus oder im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen übernimmt;
 - (c) die Nachfolgeschuldnerin sich verpflichtet, jedem Gläubiger alle Steuern, Gebühren oder Abgaben zu erstatten, die ihm in Folge der Ersetzung durch die Nachfolgeschuldnerin auferlegt werden;
 - (d) sichergestellt ist, daß sich die Verpflichtungen der Garantin aus der Garantie des Debt Issuance Programms der Emittentinnen auch auf die Schuldverschreibungen der Nachfolgeschuldnerin erstrecken; und
 - (e) dem Fiscal Agent jeweils eine Bestätigung bezüglich der betroffenen Rechtsordnungen von anerkannten Rechtsanwälten vorgelegt wird, daß die Bestimmungen in den vorstehenden Unterabsätzen (a), (b), (c) und (d) erfüllt wurden.

Im Sinne dieser Bedingungen bedeutet „Tochtergesellschaft“ eine Kapital- oder Personengesellschaft, an der die Volkswagen Aktiengesellschaft direkt oder indirekt insgesamt mehr als 90% des Kapitals jeder Klasse oder der Stimmrechte hält.

(2) *Bekanntmachung.* Jede Ersetzung ist gemäß § 12 bekannt zu machen.

(3) *Änderung von Bezugnahmen.* Im Fall einer Ersetzung gilt jede Bezugnahme in diesen Emissionsbedingungen auf die Emittentin ab dem Zeitpunkt der Ersetzung als Bezugnahme auf die Nachfolgeschuldnerin und jede Bezugnahme auf das Land, in dem die Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, gilt ab diesem Zeitpunkt als Bezugnahme auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat. Des weiteren gilt im Fall einer Ersetzung folgendes:

In § 7 und § 5 Absatz 2 gilt eine alternative Bezugnahme auf die Niederlande als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme nach Maßgabe des vorstehenden Satzes auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat).

§ 11

BEGEBUNG WEITERER SCHULDVERSCHREIBUNGEN, ANKAUF UND ENTWERTUNG

(1) *Begebung weiterer Schuldverschreibungen.* Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Tags der Begebung, des Verzinsungsbeginns und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, daß sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.

(2) *Ankauf.* Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der Emittentin erworbenen Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, weiterverkauft oder bei dem Fiscal Agent zwecks Entwertung eingereicht werden. Sofern diese Käufe durch öffentliches Angebot erfolgen, muß dieses Angebot allen Gläubigern gemacht werden.

(3) *Entwertung.* Sämtliche vollständig zurückgezahlten Schuldverschreibungen sind unverzüglich zu entwerten und können nicht wiederbegeben oder wiederverkauft werden.

§ 12

MITTEILUNGEN

(1) *Bekanntmachung.* Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen sind in einer Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung in Luxemburg, voraussichtlich dem *Luxemburger Wort*, zu veröffentlichen. Jede derartige Mitteilung gilt mit dem dritten Tag nach dem Tag der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen mit dem dritten Tag nach dem Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.

(2) *Mitteilungen an das Clearing System.* Die Emittentin ist berechtigt, eine Zeitungsveröffentlichung nach vorstehendem Absatz 1 durch eine Mitteilung an das Clearing System zur Weiterleitung an die

Gläubiger zu ersetzen, vorausgesetzt, daß in Fällen, in denen die Schuldverschreibungen an einer Börse notiert sind, die Regeln dieser Börse diese Form der Mitteilung zulassen, Jede derartige Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag der Mitteilung an das Clearing System als den Gläubigern mitgeteilt. Solange die Schuldverschreibungen an der Luxemburger Börse notiert sind, haben alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen in der in Absatz 1 vorgesehenen Form zu erfolgen.

§ 13

TREUHANDSCHAFT

(1) *Treuhandvertrag.* Die Rechte und Pflichten der Treuhänderin richten sich nach einem zwischen ihr, Volkswagen Aktiengesellschaft, Volkswagen International Finance N.V., Coordination Center Volkswagen N.V./S.A. und Volkswagen Investment Limited abgeschlossenen Treuhandvertrag (in der jeweils geltenden Fassung), der bei der Hauptniederlassung der Treuhänderin in Frankfurt am Main eingesehen werden kann. Dieser sieht u.a. folgendes vor:

- (a) Die Treuhänderin ist zu einem Tätigwerden nur verpflichtet, wenn und soweit sie (i) einen angemessenen, sie zufriedenstellenden Kostenvorschuß für eigene Auslagen und Kosten der Beauftragung Dritter, einschließlich der Kosten der Einschaltung von Rechtsberatern oder anderen Sachverständigen, erhalten hat oder (ii) von der Emittentin oder der Garantin über die beabsichtigte Bestellung einer Sicherheit für die Schuldverschreibungen benachrichtigt wird.
- (b) Die Treuhänderin ist berechtigt, Kosten, die ihr oder dem von ihr beauftragten Dritten bei der Wahrnehmung der für Rechnung der Gläubiger gehaltenen Rechte etwa entstanden sind, den Gläubigern im Verhältnis ihrer Forderungen auf die Schuldverschreibungen in Rechnung zu stellen.
- (c) Die Treuhänderin haftet daraus, daß sie im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen Erklärungen abgibt, nicht abgibt oder entgegennimmt oder Maßnahmen trifft oder unterläßt, nur, wenn und soweit sie die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verletzt hat. Von den Beschränkungen des § 181 BGB ist sie befreit.
- (d) Die Treuhänderin ist jederzeit und ohne Angabe von Gründen berechtigt, von ihrer Verpflichtung als Treuhänderin zurückzutreten, indem sie dies unter Einhaltung einer Frist von mindestens drei Monaten der Emittentin und der Garantin mitteilt, und eine andere allgemein anerkannte Bank oder Treuhandgesellschaft zu ihrem Nachfolger zu bestellen. Sollte die Treuhänderin zu der Bestellung außerstande sein, so wird die Emittentin diese vornehmen. Eine solche Nachfolgerbestellung ist unverzüglich gemäß § 12 bekanntzumachen.
- (e) Änderungen des Treuhandvertrages können ohne Zustimmung der Gläubiger erfolgen, sofern sie deren Interessen nicht wesentlich beeinträchtigen.

(2) *Fällig und zahlbar erklärte Schuldverschreibungen.* Wenn die Treuhänderin oder gegebenenfalls der von ihr beauftragte Dritte nach Eintritt eines der in § 9 aufgeführten Kündigungsgründe wegen des Kapitals von nicht schon aus anderen Gründen fälligen Schuldverschreibungen die Garantie oder eine für die Schuldverschreibungen erteilte Sicherheit in Anspruch nimmt, gelten die betreffenden Schuldverschreibungen in jeder Beziehung als zur Rückzahlung zum vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie in § 5 definiert) zahlbar und fällig.

§ 14

ANWENDBARES RECHT, GERICHTSSTAND UND GERICHTLICHE GELTENDMACHUNG

(1) *Anwendbares Recht.* Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich in jeder Hinsicht nach deutschem Recht.

(2) *Gerichtsstand.* Nicht ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen entstehenden Klagen oder sonstige Verfahren („Rechtsstreitigkeiten“) ist das Landgericht Frankfurt am Main. Die Gläubiger können ihre Ansprüche jedoch auch vor anderen zuständigen Gerichten geltend machen. Die deutschen Gerichte sind ausschließlich zuständig für die

Kraftloserklärung abhandengekommener oder vernichteter Schuldverschreibungen. Die Emittentin unterwirft sich hiermit der Gerichtsbarkeit der nach diesem Absatz zuständigen Gerichte.

(3) *Bestellung von Zustellungsbevollmächtigten.* Für etwaige Rechtsstreitigkeiten vor deutschen Gerichten bestellt die Emittentin die Volkswagen Aktiengesellschaft, Berliner Ring 2, 38440 Wolfsburg, Bundesrepublik Deutschland, zu ihrer Zustellungsbevollmächtigten in Deutschland.

(4) *Gerichtliche Geltendmachung.* Jeder Gläubiger von Schuldverschreibungen ist berechtigt, in jedem Rechtsstreit gegen die Emittentin oder in jedem Rechtsstreit, in dem der Gläubiger und die Emittentin Partei sind, seine Rechte aus diesen Schuldverschreibungen im eigenen Namen auf der folgenden Grundlage zu schützen oder geltend zu machen: (i) er bringt eine Bescheinigung der Depotbank bei, bei der er für die Schuldverschreibungen ein Wertpapierdepot unterhält, welche (a) den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Gläubigers enthält, (b) den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen bezeichnet, die unter dem Datum der Bestätigung auf dem Wertpapierdepot verbucht sind und (c) bestätigt, daß die Depotbank gegenüber dem Clearing System eine schriftliche Erklärung abgegeben hat, die die vorstehend unter (a) und (b) bezeichneten Informationen enthält; und (ii) er legt eine Kopie der die betreffenden Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde vor, deren Übereinstimmung mit dem Original eine vertretungsberechtigte Person des Clearing Systems oder des Verwahrers des Clearing Systems bestätigt hat, ohne daß eine Vorlage der Originalbelege oder der die Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde in einem solchen Verfahren erforderlich wäre. Unbeschadet des Vorstehenden kann jeder Gläubiger seine Rechte aus den Schuldverschreibungen auch auf jede andere Weise schützen oder geltend machen, die im Land des Rechtsstreits prozessual zulässig ist. Für die Zwecke des Vorstehenden bezeichnet „Depotbank“ jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der Gläubiger ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des Clearing Systems.

§ 15

SPRACHE

Diese Emissionsbedingungen sind in deutscher Sprache abgefaßt. Eine Übersetzung in die englische Sprache ist beigelegt. Der deutsche Text ist bindend und maßgeblich. Die Übersetzung in die englische Sprache ist unverbindlich.

CONDITIONS OF ISSUE

This Series of Notes is issued pursuant to an Amended and Restated Fiscal Agency Agreement dated as of 15 December 2000, as supplemented by a First Supplemental Agency Agreement dated as of 14 December 2001 and a Second Supplemental Agency Agreement dated 13 December 2002 (the "Agency Agreement") between Volkswagen Aktiengesellschaft ("VW AG"), Volkswagen International Finance N.V. ("VIF"), Coordination Center Volkswagen N.V./S.A. ("CCB"), Volkswagen Investments Limited ("VIL") (each an "Issuer" and together the "Issuers") and Citibank, N.A. as fiscal agent (the "Fiscal Agent", which expression shall include any successor fiscal agent thereunder) and the other parties named therein. Copies of the Agency Agreement may be obtained free of charge at the specified office of the Fiscal Agent upon reasonable notice, at the specified office of any Paying Agent and at the principal office of each Issuer. The Notes have the benefit of an unconditional and irrevocable guarantee by Volkswagen Aktiengesellschaft (the "Guarantor").

§ 1

CURRENCY, DENOMINATION, FORM, CERTAIN DEFINITIONS

(1) *Currency; Denomination.* This Series of Notes (the "Notes") of Volkswagen International Finance N.V. (the "Issuer") is being issued in Euro (the "Specified Currency") in the aggregate principal amount of Euro 2,000,000,000 (in words: two billion Euro) in the denominations of Euro 1,000, Euro 10,000 and Euro 100,000 (the "Specified Denominations").

(2) *Form.* The Notes are being issued in bearer form.

(3) *Temporary Global Note - Exchange.*

- (a) The Notes are initially represented by a temporary global note (the "Temporary Global Note") without coupons. The Temporary Global Note will be exchangeable for Notes in Specified Denominations represented by a permanent global note (the "Permanent Global Note") without coupons. The Temporary Global Note and the Permanent Global Note shall each be signed manually by two authorised signatories of the Issuer and shall each be authenticated by or on behalf of the Fiscal Agent. Definitive Notes and interest coupons will not be issued.
- (b) The Temporary Global Note shall be exchanged for the Permanent Global Note on a date (the "Exchange Date") not later than 180 days after the date of issue of the Notes represented by the Temporary Global Note. The Exchange Date will not be earlier than 40 days after the date of issue. Such exchange shall only be made upon delivery of certifications to the effect that the beneficial owner or owners of the Notes represented by the Temporary Global Note is not a U.S. person (other than certain financial institutions or certain persons holding Notes through such financial institutions). Payment of interest on Notes represented by a Temporary Global Note will be made only after delivery of such certifications. A separate certification shall be required in respect of each such payment of interest. Any such certification received on or after the 40th day after the date of issue of the Notes represented by the Temporary Global Note will be treated as a request to exchange such Temporary Global Note pursuant to subparagraph (b) of this § 1(3). Any securities delivered in exchange for the Temporary Global Note shall be delivered only outside of the United States (as defined in § 6 (2)).

(4) *Clearing System.* The Permanent Global Note will be kept in custody by or on behalf of the Clearing System until all obligations of the Issuer under the Notes have been satisfied, "Clearing System" means each of the following: Clearstream Banking, société anonyme and Euroclear Bank S.A./N.V. as operator of the Euroclear System ("Euroclear") and any successor in such capacity.

(5) *Holder of Notes.* "Holder" means any holder of a proportionate co-ownership or other beneficial interest or right in the Notes.

§ 2

STATUS, NEGATIVE PLEDGE AND GUARANTEE

(1) *Status.* The obligations under the Notes constitute direct, unconditional, unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer ranking *pari passu* among themselves and *pari passu* with all

other unsecured obligations of the Issuer, unless such obligations are accorded priority under mandatory provisions of statutory law.

(2) *Negative Pledge.* So long as any Note remains outstanding, but only up to the time all amounts of principal and interest have been placed at the disposal of the Fiscal Agent, the Issuer undertakes not to provide any security upon its assets for other notes or bonds including any guarantee or indemnity in respect thereof without at the same time having the Holders share equally and rateably in such security.

(3) *Guarantee.*

Volkswagen Aktiengesellschaft (the "Guarantor") has given its unconditional and irrevocable guarantee (the "Guarantee") for the due payment of principal of, and interest on, the Notes. In this Guarantee, the Guarantor has further undertaken (the "Undertaking"), so long as any of the Notes remains outstanding, but only up to the time all amounts of principal and interest have been placed at the disposal of the Fiscal Agent, not to provide any security upon its assets for any Bond Issue, including any guarantee or indemnity in respect thereof, without at the same time having the Holders share equally and rateably in such security.

For the purpose of these Conditions "Bond Issue" means an issue of debt securities which is, or is intended to be, or is being capable of being, quoted, listed or dealt in on any stock exchange, over-the-counter or other securities market.

The rights arising from the Guarantee, the Undertaking as well as from any security which may be granted as contemplated in this paragraph shall, to the extent legally possible, be held and exercised exclusively by Deutsche Bank Aktiengesellschaft as trustee for the Holders (the "Trustee") or by any other person commissioned by the Trustee to act on its behalf or in its stead.

§ 3

INTEREST

(1) *Rate of Interest and Interest Payment Dates.* The Notes shall bear interest on their principal amount at the rate of 4.875 per cent. per annum from (and including) 22 May 2003 to (but excluding) the Maturity Date (as defined in § 5(1)). Interest shall be payable in arrear on 22 May in each year (each such date, an "Interest Payment Date"). The first payment of interest shall be made on 22 May 2004. The number of Interest Payment Dates per calendar year (each a "Determination Date") is one.

(2) *Accrual of Interest.* If the Issuer shall fail to redeem the Notes when due, interest shall continue to accrue beyond the day preceding the due date until the day preceding the actual redemption of the Notes. Interest shall continue to accrue on the outstanding principal amount of the Notes from the due date (inclusive) until the date of redemption of the Notes (exclusive) at the default rate of interest established by law.

(3) *Calculation of interest for Partial Periods.* If interest is required to be calculated for a period of less than a full year, such interest shall be calculated on the basis of the Day Count Fraction (as defined below).

(4) *Day Count Fraction.* "Day Count Fraction" means with regard to the calculation of interest on any Note for any period of time (the "Calculation Period").

- (a) if the Calculation Period (from and including the first day of such period but excluding the last) is equal to or shorter than the Determination Period during which the Calculation Period ends, the number of days in such Calculation Period (from and including the first day of such period but excluding the last) divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates (as specified in § 3(1)) that would occur in one calendar year; or
- (b) if the Calculation Period is longer than the Determination Period during which the Calculation Period ends, the sum of: (A) the number of days in such Calculation Period falling in the Determination Period in which the Calculation Period begins divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates (as specified in § 3(1)) that would occur in one calendar year, and (B) the number of days in such

Calculation Period falling in the next Determination Period divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates (as specified in § 3(1)) that would occur in one calendar year.

"Determination Period" means the period from (and including) a Determination Date to, but excluding, the next Determination Date.

§ 4

PAYMENTS

(1) (a) *Payment of Principal.* Payment of principal in respect of Notes shall be made, subject to subparagraph (2) below, to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System upon presentation and surrender of the Global Note at the specified office of any Paying Agent outside the United States.

(b) *Payment of Interest.* Payment of interest on Notes shall be made, subject to subparagraph (2), to the Clearing System or to its order for credit to the relevant account holders of the Clearing System upon presentation of the Global Note at the specified office of any Paying Agent outside the United States. Payment of interest on Notes represented by the Temporary Global Note shall be made, subject to subparagraph (2), to the Clearing System or to its order for credit to the relevant account holders of the Clearing System, upon due certification as provided in § 1(3)(b).

For purposes of these Conditions, "United States" means the United States of America (including the States thereof and the District of Columbia) and its possessions (including Puerto Rico, the U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island and Northern Mariana Islands).

(2) *Manner of Payment.* Subject to applicable fiscal and other laws and regulations, payments of amounts due in respect of the Notes shall be made in Euro.

(3) *Discharge.* The Issuer shall be discharged by payment to, or to the order of, the Clearing System.

(4) *Payment Business Day.* If the date for payment of any amount in respect of any Note is not a Payment Business Day then the Holder shall not be entitled to payment until the next such day in the relevant place and shall not be entitled to further interest or other payment in respect of such delay.

For these purposes, "Payment Business Day" means any day which is a day (other than a Saturday or a Sunday) on which the Clearing System as well as all relevant parts of the Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System ("TARGET") are operational to forward the relevant payment.

(5) *References to Principal and interest.* References in these Conditions to principal in respect of the Notes shall be deemed to include, as applicable: the Final Redemption Amount of the Notes; the Early Redemption Amount of the Notes; and any premium and any other amounts which may be payable under or in respect of the Notes. References in these Conditions to interest in respect of the Notes shall be deemed to include, as applicable, any Additional Amounts which may be payable under § 7.

(6) *Deposit of Principal and Interest.* The Issuer may deposit with the *Amtsgericht* in Frankfurt am Main principal or interest not claimed by Holders within twelve months after the Maturity Date, even though such Holders may not be in default of acceptance of payment. If and to the extent that the deposit is effected and the right of withdrawal is waived, the respective claims of such Holders against the Issuer shall cease.

§ 5

REDEMPTION

(1) *Final Redemption.* Unless previously redeemed in whole or in part or purchased and cancelled, the Notes shall be redeemed at their Final Redemption Amount on 22 May 2013 (the "Maturity Date"). The Final Redemption Amount in respect of each Note shall be its principal amount.

(2) *Early Redemption for Reasons of Taxation.* If as a result of any change in, or amendment to, the laws or regulations of the Federal Republic of Germany or The Netherlands or any political subdivision or taxing authority thereto or therein affecting taxation or the obligation to pay duties of any kind, or

any change in, or amendment to, an official interpretation or application of such laws or regulations, which amendment or change is effective on or after the date on which the last tranche of this series of Notes was issued, the Issuer or the Guarantor is required to pay Additional Amounts (as defined in § 7 herein) on the next succeeding Interest Payment Date (as defined in § 3(1)), and this obligation cannot be avoided by the use of reasonable measures available to the Issuer or the Guarantor, as the case may be, the Notes may be redeemed, in whole but not in part, at the option of the Issuer, upon not more than 60 days' nor less than 30 days' prior notice of redemption given to the Fiscal Agent and, in accordance with § 12 to the Holders, at their Early Redemption Amount (as defined below), together with interest accrued to the date fixed for redemption.

However, no such notice of redemption may be given (i) earlier than 90 days prior to the earliest date on which the Issuer or the Guarantor would be obligated to pay such Additional Amounts were a payment in respect of the Notes then due, or (ii) if at the time such notice is given, such obligation to pay such Additional Amounts does not remain in effect.

Any such notice shall be given in accordance with § 12. It shall be irrevocable, must specify the date fixed for redemption and must set forth a statement in summary form of the facts constituting the basis for the right of the Issuer so to redeem.

(3) *Early Redemption Amount.*

For purposes of § 9 and subparagraph (2) of this § 5, the Early Redemption Amount of a Note shall be its Final Redemption Amount.

§ 6

THE FISCAL AGENT AND THE PAYING AGENT

(1) *Appointment, Specified Office.* The initial Fiscal Agent and the initial Paying Agent and their initial specified offices shall be:

Fiscal Agent: Citibank, N.A.
5, Carmelite Street
London EC4Y 0PA

Paying Agent: Banque Générale du Luxembourg S.A.
50, Avenue J. F. Kennedy
L-2951 Luxembourg

The Fiscal Agent and the Paying Agent reserve the right at any time to change their specified offices to some other specified office in the same city.

(2) *Variation or Termination of Appointment* The Issuer reserves the right at any time to vary or terminate the appointment of the Fiscal Agent or any Paying Agent and to appoint another Fiscal Agent or additional or other Paying Agents. The Issuer shall at all times maintain (i) a Fiscal Agent and (ii) so long as the Notes are listed on the Luxembourg Stock Exchange, a Paying Agent (which may be the Fiscal Agent) with a specified office in Luxembourg and/or in such other place as may be required by the rules of such stock exchange. Any variation, termination, appointment or change shall only take effect (other than in the case of insolvency, when it shall be of immediate effect) after not less than 30 nor more than 45 days' prior notice thereof shall have been given to the Holders in accordance with § 12.

(3) *Agent of the issuer.* The Fiscal Agent and the Paying Agent act solely as the agents of the Issuer and do not assume any obligations towards or relationship of agency or trust for any Holder.

§ 7

TAXATION

All amounts payable in respect of the Notes shall be made without withholding or deduction for or on account of any present or future taxes or duties of whatever nature imposed or levied by way of withholding or deduction by or on behalf of The Netherlands or the Federal Republic of Germany or any political subdivision or any authority thereof or therein having power to tax unless the Issuer is

required by law to pay such withholding or deduction. In such event, the Issuer will pay such additional amounts (the "Additional Amounts") as shall be necessary in order that the net amounts received by the Holders, after such withholding or deduction shall equal the respective amounts of principal and interest which would otherwise have been receivable in the absence of such withholding or deduction; except that no such Additional Amounts shall be payable on account of any taxes or duties which:

- (a) are payable by any person acting as custodian bank or collecting agent on behalf of a Holder, or otherwise in any manner which does not constitute a deduction or withholding by the Issuer from payments of principal or interest made by it, or
- (b) are payable by reason of the Holder having, or having had, some personal or business connection with The Netherlands or the Federal Republic of Germany and not merely by reason of the fact that payments in respect of the Notes are, or for purposes of taxation are deemed to be, derived from sources in, or are secured in, The Netherlands or the Federal Republic of Germany, or
- (c) are deducted or withheld pursuant to (i) any European Union Directive or Regulation concerning the taxation of interest income, or (ii) any international treaty or understanding relating to such taxation and to which The Netherlands or the Federal Republic of Germany or the European Union is a party, or (iii) any provision of law implementing, or complying with, or introduced to conform with, such Directive, Regulation, treaty or understanding.

§ 8

PRESENTATION PERIOD

The presentation period provided in § 801 paragraph 1, sentence 1 BGB (German Civil Code) is reduced to ten years for the Notes.

§ 9

EVENTS OF DEFAULT

(1) *Events of default.* Each Holder shall be entitled to declare due and payable by notice to the Fiscal Agent its entire claims arising from the Notes and demand immediate redemption thereof at the Early Redemption Amount (as described in § 5) together with accrued interest (if any) to the date of repayment, in the event that:

- (a) the Issuer fails to pay principal or interest within 30 days from the relevant due date, or
- (b) the Issuer fails duly to perform any other obligation arising from the Notes or the Guarantor fails to perform any obligation arising from the Guarantee referred to in § 2 which failure is not capable of remedy or, if such failure is capable of remedy, such failure continues for more than 90 days after the Fiscal Agent has received notice thereof from a Holder, or
- (c) the Issuer or the Guarantor announces its inability to meet its financial obligations or ceases its payments, or
- (d) a court opens bankruptcy or other insolvency proceedings against the Issuer or the Guarantor or such proceedings are instituted and have not been discharged or stayed within 60 days, or the Issuer or the Guarantor applies for or institutes such proceedings or offers or makes an arrangement for the benefit of its creditors generally, or the Issuer applies for a "*surseance van betaling*" (within the meaning of Statute of Bankruptcy of The Netherlands), or
- (e) the Issuer or the Guarantor goes into liquidation unless this is done in connection with a merger, or other form of combination with another company and such company assumes all obligations contracted by the Issuer or the Guarantor, as the case may be, in connection with this issue.

The right to declare Notes due shall terminate if the situation giving rise to it has been cured before the right is exercised.

(2) *Quorum.* In the events specified in subparagraph (1)(b) above, any notice declaring Notes due shall, unless at the time such notice is received any of the events specified in subparagraph (1) (a) and (1) (c) through (1) (e) entitling Holders to declare their Notes due has occurred, become effective

only when the Fiscal Agent has received such notices from the Holders of at least one-tenth in principal amount of Notes then outstanding

(3) *Notice.* Any notice, including any notice declaring Notes due, in accordance with subparagraph (1) above shall be made by means of a written declaration in the German or English language delivered by hand or registered mail to the specified office of the Fiscal Agent together with proof that such Holder at the time of such notice is a holder of the relevant Notes by means of a certificate of his Custodian (as defined in § 14(3)) or in other appropriate manner.

§ 10

SUBSTITUTION

(1) *Substitution.* The Issuer shall be entitled at any time, without the consent of the Holders, if no payment of principal or interest on any of the Notes is in default, to substitute for the Issuer either the Guarantor or any Subsidiary (as defined below) of the Guarantor as principal debtor in respect to all obligations arising from or in connection with the Notes (the "Substitute Debtor"), provided that:

- (a) the Substitute Debtor is in a position to fulfil all payment obligations arising from or in connection with the Notes without the necessity of any taxes or duties being withheld at source and to transfer all amounts which are required therefor to the Fiscal Agent without any restrictions;
- (b) the Substitute Debtor assumes all obligations of the Issuer arising from or in connection with the Notes;
- (c) the Substitute Debtor undertakes to reimburse any Holder for such taxes, fees or duties which may be imposed upon it as a consequence of assumption of the obligations of the Issuer by the Substitute Debtor;
- (d) it is guaranteed that the obligations of the Guarantor from the Guarantee of the Debt Issuance Programme of the Issuers apply also to the Notes of the Substitute Debtor; and
- (e) there shall have been delivered to the Fiscal Agent one opinion for each jurisdiction affected of lawyers of recognised standing to the effect that subparagraphs (a), (b), (c) and (d) above have been satisfied.

For purposes of these Conditions "Subsidiary" shall mean any corporation or partnership in which Volkswagen Aktiengesellschaft directly or indirectly in the aggregate holds more than 90% of the capital of any class or of the voting rights.

(2) *Notice.* Notice of any such substitution shall be published in accordance with § 12.

(3) *Change of References.* In the event of any such substitution, any reference in these Conditions to the Issuer shall from then on be deemed to refer to the Substitute Debtor and any reference to the country in which the Issuer is domiciled or resident for taxation purposes shall from then on be deemed to refer to the country of domicile or residence for taxation purposes of the Substitute Debtor. Furthermore, in the event of such substitution the following shall apply:

In § 7 and § 5(2) an alternative reference to The Netherlands shall be deemed to have been included in addition to the reference according to the preceding sentence to the country of domicile or residence for taxation purposes of the Substitute Debtor.

§ 11

FURTHER ISSUES, PURCHASES AND CANCELLATION

(1) *Further Issues.* The Issuer may from time to time, without the consent of the Holders, issue further Notes having the same terms and conditions as the Notes in all respects (or in all respects except for the settlement date, interest commencement date and/or issue price) so as to form a single Series with the Notes.

(2) *Purchases.* The Issuer may at any time purchase Notes in the open market or otherwise and at

any price. Notes purchased by the Issuer may, at the option of the Issuer, be held, resold or surrendered to the Fiscal Agent for cancellation. If purchases are made by tender, tenders for such Notes must be made available to all Holders of such Notes alike.

(3) *Cancellation.* All Notes redeemed in full shall be cancelled forthwith and may not be reissued or resold.

§ 12

NOTICES

(1) *Publication.* All notices concerning the Notes shall be published in a leading daily newspaper having general circulation in Luxembourg. This newspaper is expected to be the *Luxemburger Wort*. Any notice so given will be deemed to have been validly given on the third day after the date of such publication (or, if published more than once, on the third day after the date of the first such publication).

(2) *Notification to Clearing System.* The Issuer may, in lieu of publication in the newspapers set forth in subparagraph (1) above, deliver the relevant notice to the Clearing System, for communication by the Clearing System to the Holders, provided that, so long as any Notes are listed on any stock exchange, the rules of such stock exchange permit such form of notice. Any such notice shall be deemed to have been given to the Holders on the seventh day after the day on which the said notice was given to the Clearing System. So long as any Notes are listed on the Luxembourg Stock Exchange, all notices concerning the Notes shall be published in accordance with subsection (1).

§ 13

TRUSTEESHIP

(1) *Trust Agreement.* The rights and obligations of the Trustee are set out in a trust agreement as amended from time to time (the "**Trust Agreement**") between the Trustee, Volkswagen Aktiengesellschaft, Volkswagen International Finance N.V., Coordination Center Volkswagen N.V./S.A., and Volkswagen Investments Limited which is available for inspection at the head office of the Trustee in Frankfurt am Main. The Trust Agreement provides, inter alia, that:

- (a) The Trustee shall be obliged to take any action only if and to the extent that (i) it has received an appropriate advance payment satisfactory to it on account of its own expenses and costs of commissioning third parties, including costs of retaining legal advisers and other experts; or (ii) it has been advised by the Issuer or the Guarantor of the intended giving of security for the Notes.
- (b) The Trustee shall, when distributing any proceeds from the enforcement of any rights held for the Holders, be entitled to charge to the Holders, in proportion to their holdings any expenses it or the person commissioned by it may have incurred in the exercise of such rights.
- (c) The Trustee shall be liable for making, failing to make or accepting statements and for taking or failing to take actions in connection with the Notes only if and to the extent that it fails to exercise the due care of a proper merchant. It is exempt from the restrictions of § 181 BGB (German Civil Code).
- (d) The Trustee may at any time, and without specifying any reason therefor, resign from its duties upon giving not less than three months' notice to the Issuer or the Guarantor and appoint another bank or trust corporation of recognised standing acceptable to the Guarantor whose acceptance shall not be unreasonably withheld as successor trustee. Should the Trustee be unable to make such appointment, then the Issuer shall do so. Any such appointment of a successor shall be notified in accordance with § 12.
- (e) The Trust Agreement may be altered without the consent of the Holders, if such alteration is not materially prejudicial to their interest.

(2) *Due and Payable Notes.* If, after the occurrence of any of the events specified in § 9 which entitle the Holders to declare their Notes due, the Trustee or the person commissioned by the Trustee, as the case may be, shall with respect to the principal of any Notes not otherwise due, enforce the Guarantee

or any security given for the Notes, then such Notes shall be deemed to be due any payable at the Early Redemption Amount (as defined in § 5) for any purposes.

§ 14

APPLICABLE LAW, PLACE OF JURISDICTION AND ENFORCEMENT

(1) *Applicable Law.* The Notes, as to form and content, and all rights and obligations of the Holders and the Issuer, shall be governed by German law.

(2) *Submission to Jurisdiction.* The non-exclusive place of jurisdiction for all proceedings arising out of or in connection with the Notes ("Proceedings") shall be Frankfurt am Main. The Holders, however, may also pursue their claims before any other court of competent jurisdiction. The German courts shall have exclusive jurisdiction over the annulment of lost or destroyed Notes. The Issuer hereby submits to the jurisdiction of the courts referred to in this subparagraph.

(3) *Appointment of Authorised Agent.* For any Proceedings before German courts, the Issuer appoints Volkswagen Aktiengesellschaft, Berliner Ring 2, 38436 Wolfsburg, Federal Republic of Germany as its authorised agent for service of process in Germany.

(4) *Enforcement.* Any Holder of Notes may in any proceedings against the Issuer, or to which such Holder and the Issuer are parties, protect and enforce in his own name his rights arising under such Notes on the basis of (i) a statement issued by the Custodian with whom such Holder maintains a securities account in respect of the Notes (a) stating the full name and address of the Holder, (b) specifying the aggregate principal amount of Notes credited to such securities account on the date of such statement and (c) confirming that the Custodian has given written notice to the Clearing System containing the information pursuant to (a) and (b) and (ii) a copy of the Note in global form certified as being a true copy by a duly authorised officer of the Clearing System or a depository of the Clearing System, without the need for production in such proceedings of the actual records or the global note representing the Notes. Each Holder may, without prejudice to the foregoing, protect and enforce his rights under these Notes also in any other way which is admitted in the country of the proceedings. For purposes of the foregoing, "Custodian" means any bank or other financial institution of recognised standing authorised to engage in securities custody business with which the Holder maintains a securities account in respect of the Notes and includes the Clearing System.

§ 15

LANGUAGE

These Conditions are written in the German language and provided with an English language translation. The German text shall be controlling and binding. The English language translation is provided for convenience only.